

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Wie sieht die Wirtschaft die Banken? Meinungsforscher haben erhoben, wie die Kreditwirtschaft wahrgenommen wird
>> Seite 4



Das Ziel bleibt die politische Union Othmar Karas hielt am Sparkassentag ein Plädoyer für den EU-Binnenmarkt
>> Seite 5



Europa im Sparfieber Erste-Experte Martin Škopek über die Bedeutung des Sparens in Mittel- und Osteuropa
>> Seite 7



Neun sehr konkrete Fragen wurden den Parlamentsklubs übermittelt.

Finanztransaktionssteuer: Was wollen die Parteien?

Sie gehört zu den meistverwendeten Begriffen der Finanzdiskussion, doch inhaltlich blieb sie lange Zeit sehr nebulos: die Finanztransaktionssteuer (FTS). Deshalb hat die Österreichische Sparkassenzeitung den Parlamentsparteien neun sehr konkrete Fragen gestellt, um gleichsam Licht ins Dunkel zu bringen.

Die Redaktion der Sparkassenzeitung hat vor einigen Wochen die Finanzsprecher der fünf im Nationalrat vertretenen Parteien eingeladen, zur sensiblen Problematik einer Finanztransaktionssteuer Stellung zu nehmen. Insgesamt neun sehr konkrete Fragen wurden den Parlamentsklubs übermittelt. Denn die neue Fiskalmaßnahme ist seit Monaten integraler Bestandteil der Diskussion über die Finanzmärkte ebenso wie der Steuerpolitik. Wir wollten wissen, wofür die einzelnen politischen Gruppierungen in dieser Frage stehen und was somit den Finanzmärkten – so es zu einem gemeinsamen Vorgehen von mindestens elf EU-Mitgliedsstaaten kommt – auch in Österreich bevorsteht. Die Antworten der Finanzsprecher sind naturgemäß recht unterschiedlich ausgefallen. Eines zeigt sich deutlich: Diese Steuer wird eine Gratwanderung zwischen dem ur-

sprünglichen Ziel, die überbordende Finanzspekulation einzudämmen, und dem Versuch, den Finanzmarkt Österreich nicht über Gebühr zu belasten. Die meisten Stellungnahmen gehen davon aus, dass es gelingen

„Gratwanderung zwischen Eindämmung der Spekulation und Finanzstandort Österreich“

werde, international angelegte Umgehungshandlungen zu unterbinden. Fast alle rechnen – so die FTS denn kommt – mit einem jährlichen Steueraufkommen von rund 500 Mio. Euro. Ob das realistisch ist, wird

die Praxis zeigen. Denn auch die Vorwegbesteuerung der Anwartschaften bei Pensionskassen hat bei weitem nicht das gebracht, was im Budgetansatz steht. Knapp 300 Mio. Euro werden dem Fiskus zufließen. So jedenfalls der Stand der Dinge nach Ablauf der Entscheidungsfrist per Ende Oktober. Immerhin waren 900 Mio. „geplant“. Jedenfalls ist die Sache sensibel, wenn auch die Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf den gesamten Kapitalmarkt derzeit heruntergespielt werden. Denn in den kumulativen Effekten liegt die Problematik. Die Kursgewinnbesteuerung beginnt zu greifen. Dazu gesellen sich gut 625 Mio. Euro an Bankensteuer, die hierzulande – entgegen anderen Ländern – dem allgemeinen Budget zugeführt werden. Kreditwirtschaft und Finanzmärkte sind somit zusätzlichen Belastungen ausgesetzt.

Meine Meinung



Auch EU-Budget braucht Visionsdynamik

Jede Budgetkonsolidierung hat zwei entscheidende Aspekte: einer davon ist das Zurückführen der Staatsschuld auf ein im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung vertretbares – und langfristige finanzierbares – Ausmaß. Die zweite Seite der Medaille ist der nachhaltige Strukturwandel bei den Ausgaben der öffentlichen Hand. Der Anteil strategischer Investitionen in die Zukunft muss schrittweise zulasten der Kosten zur Vergangenheitssanierung erhöht werden.

Das gilt auch für den Haushalt der Europäischen Union. Deshalb greift ein populistischer Wettbewerb um den grimmigsten Beitragsverweigerer und erfolgreichsten Rabattschinder einfach viel zu kurz.

Entscheidend ist doch, was die EU langfristig sein will und wie sie die Beiträge der Mitgliedsstaaten im Sinne dieser Zieldefinitionen konkret verwendet.

Europa spielt derzeit im Weltkonzert der dynamischen Wirtschaftsräume nicht die erste Geige. Ja, mehr noch: Im derzeit vielbeschworenen Pazifischen Zeitalter droht uns Europäern eine globalwirtschaftliche Randlage. Mit hoher Lebensqualität zwar, aber mit spürbar geringerer wirtschaftlicher Wachstumsdynamik.

Es war das erklärte Lissabon-Ziel des Jahres 2000, die EU bis 2010 zum dynamischsten wissensinduzierten Wirtschaftsraum dieser Erde zu machen. Warum also nicht an diese ehrgeizige Konzeption wieder anknüpfen?

Die statische Diskussion über die Budgethöhe bringt wenig. Hingegen ist es entscheidend, was mit dem Budget der Europäischen Union in der kommenden Finanzierungsperiode geschieht. Investitionen in Forschung und Entwicklung, in profunde Aus- und Weiterbildung, in leistungsfähige Infrastrukturen oder in die Bekämpfung der Perspektivenlosigkeit von Millionen junger Menschen sind Stoßrichtungen, für die sich auch das Aufkommen eines Nettozahlers wie Österreich allemal lohnt.

Bundeskanzler Faymann hat vor kurzem in dieser Richtung einen interessanten Vorschlag gemacht: Er fordert die Bündelung aller bisherigen Beitragsrabatte in einem Fonds, der sich die aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union zum Ziel setzt. Das sollte jetzt intensiv diskutiert werden, bevor das Rabattgefeilsche wieder in nationalstaatliche Ressentiments und würdelosen Kotau vor den EU-kritischen Populisten abgleitet.

Noch eines sollte nicht vergessen werden: Der Status eines Nettozahlers ist nicht Indiz dafür, erfolgreich über den Tisch gezogen worden zu sein, sondern der Ausdruck überdurchschnittlicher ökonomischer Leistungskraft innerhalb der Gemeinschaft. Es gab Zeiten, da war man in Österreich noch stolz darauf!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:



Kai Jan Krainer

Günter Stummvoll

Werner Kogler

Elmar Podgorschek

Josef Bucher



1. Die Grundidee zu einer FTS basiert auf dem Bemühen, hochspekulative Finanztransaktionen globaler Natur, die von realwirtschaftlichen Transaktionen oder der Absicherung von Kurs- bzw. Währungsrisiken abgekoppelt sind, einzudämmen. Ist das grundsätzlich auch Ihr Motiv zur Einführung dieser Steuer?

Die Finanztransaktionssteuer brauchen wir nicht nur, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, sondern vor allem um den Finanzbereich angemessen an den Kosten zur Krisenbewältigung zu beteiligen. Eine weltweite Finanztransaktionssteuer wäre aus regulatorischer Perspektive die beste Option gewesen, und auch eine EU-weite Lösung hätte ich sehr begrüßt. In Anbetracht der politischen Situation ist aber auch die Umsetzung im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit, so wie sie jetzt fixiert wurde, ein wichtiger und richtiger Schritt nach vorn.

Das Hauptmotiv ist wohl, dass Finanzdienstleistungen, die von der Mehrwertsteuer befreit sind, auch angemessen besteuert werden. Natürlich soll diese Steuer auch ein Anreiz für Finanzinstitute sein, übermäßig riskante Tätigkeiten zu vermeiden.

Das Hauptmotiv der Grünen, sich für diese Steuer einzusetzen, ist die positive Lenkungswirkung dieser Steuer. Mit einer FTS werden hochspekulative Transaktionen, die nichts mehr mit realwirtschaftlichen Vorgängen zu tun haben, unrentabler gemacht. Die Spekulation wird somit reduziert.

Ja. Gerade die derzeitige Finanzkrise hat gezeigt, welchen Schaden für die Realwirtschaft hochspekulative Finanztransaktionen anrichten können. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann dabei jedoch nur Teil eines größeren Maßnahmenpaketes zur Stabilisierung des Bankensektors und der Finanzmärkte sein. Wir fordern außerdem die Einführung eines Trennbankensystems, in dem Investmentbanken und Geschäftsbanken getrennt werden. Damit sollen die Risiken hochspekulativer Investmentgeschäfte für den Geschäftsbankensektor, der wegen des Kredit- und Anlegergeschäftes für die Realwirtschaft besonders wichtig ist, begrenzt werden. Eine eigene Bankenkonkurrenzordnung soll außerdem die kontrollierte Insolvenz von Kreditinstituten ermöglichen und so die Abwälzung des Risikos und der damit verbundenen Kosten auf die Allgemeinheit verhindern.

Ziel dieser Steuer muss es sein, hochspekulative Finanztransaktionen einzudämmen. Damit meint das BZÖ all jene Transaktionen, die abgehoben von der Realwirtschaft Spekulationsgeschäfte aufsetzen und einem breiten Publikum als Papiere, die unter verschiedenen Titeln angeboten werden, verkauft werden. Diese Papiere, deren Inhalt und Grundlage nur mehr einem sehr kleinen Kreis von Experten, die meist auch mit den Begebern ident sind, verständlich sind, waren ja auch zu einem großen Teil an der Finanzkrise von 2008 schuld.

2. Welche Tatbestände bzw. finanzwirtschaftlichen Dispositionen sollten nach Ansicht Ihrer Fraktion in Österreich der Finanztransaktionssteuer (FTS) unterworfen sein?

Möglichst alle. Ausnahmen von der Besteuerung sind fast immer gleichbedeutend mit Steuerschlupflöchern, und die sollen bei der Finanztransaktionssteuer tunlichst vermieden werden. Am Ende des Tages wird es sicher Ausnahmen geben (siehe auch nächste Frage), doch ist es zu früh, sich darauf festzulegen.

Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und um niedrige Steuersätze zu ermöglichen, sollte die Bemessungsgrundlage umfassend sein und prinzipiell alle – verbrieften – Finanzprodukte erfassen. Um ein Ausweichen in Drittstaaten bzw. nicht teilnehmende EU-Staaten zu vermeiden, sollte am Ansässigkeitsprinzip des EU-Kommissionsvorschlages festgehalten werden (d. h. die Steuerpflicht besteht, sobald natürliche Personen, EU-Unternehmen oder Finanzinstitute, die an einer Finanztransaktion teilnehmen, unabhängig davon, ob die Transaktion in dem Gebiet der verstärkten Zusammenarbeit oder in einem Drittstaat erfolgt). Eine Ergänzung durch das Emissionsprinzip – wie vom EU-Parlament vorgeschlagen – wäre sinnvoll. Demnach sollten auch alle in den an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten emittierten Wertpapiere besteuert werden.

Wir waren von Anfang an mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission einverstanden, alle Finanztransaktionen, also vor allem derivative Konstruktionen, einzubeziehen. Das von der Kommission vorgeschlagene Herkunftslandprinzip, bei dem die Steuer fällig wird, sobald ein Handelspartner seinen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat hat, führt dazu, dass Umgehungsstrukturen wie im britischen Stamp-Tax-Modell minimiert werden.

2+3 Die enorme Dynamik der modernen Finanzmärkte sowie der stetige Wandel im Bereich der finanzwirtschaftlichen Dispositionen und Transaktionen stellen den Gesetzgeber in dieser Frage vor besondere Herausforderungen. Ein Katalog der von einer solchen Steuer betroffenen Transaktionen kann daher nur in enger Zusammenarbeit mit Institutionen der Finanzmarktaufsicht und der staatlichen Finanzverwaltung sowie Vertretern der Finanzplätze und der Kreditinstitute erstellt werden. Da sich die genauen Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer jedoch erst im weiteren Verlauf zeigen werden, sind eine dauernde Evaluierung und damit verbundene Anpassungen nötig.

Die FTS ist nur dann wirksam, wenn sie eine breite Besteuerungsbasis hat, d. h. alle Finanztransaktionen umfasst, die nicht in den Bereich von Geschäftsbanken fallen. Also jeden Handel mit Aktien, Anleihen und Wertpapieren. Durch niedrige Steuersätze 0,01 Prozent für Aktien und Anleihen und 0,001 Prozent für Derivate soll in erster Linie der marktschädliche Hochfrequenzhandel getroffen werden.

3. Welche Finanztransaktionen sollen Ihrer Meinung nach nicht unter die FTS fallen?

Die persönlichen Finanztransaktionen von Privatkunden und -kundinnen. Dementsprechend wollen wir die Abhebung am Bankomat oder das persönliche Online-Banking natürlich nicht besteuern.

Prinzipiell sollte an den wenigen Ausnahmen des Kommissionsvorschlages festgehalten werden (Primärmarktgeschäfte und Maßnahmen der Geldpolitik).

Die FTS soll alle Finanztransaktionen umfassen, insbesondere derivative Konstruktionen. Eine Steuer lediglich auf Aktien wäre ein Rückschritt, weil damit die Lenkungswirkung der FTS in die falsche Richtung gehen und gerade die reale Wirtschaft besteuert werden würde. Normale Banktransaktionen von Bürgern (wie etwa Mietzahlungen etc.) sind von einer FTS nicht erfasst.

Nicht umfasst sein sollten normale Finanzaktivitäten wie z. B. Kreditgeschäfte, Hypothekendarlehen, Versicherungen etc. von Privatpersonen und Unternehmen, also Tätigkeiten von Geschäftsbanken.

FOCUS



4. Wie wollen Sie verhindern, dass zu besteuerte Transaktionen in andere Länder, die bei der FTS nicht mitmachen werden, abwandern?

<p>Wichtiger Teil der Ausgestaltung muss das Residenzprinzip sein, um Kapitalflucht zu vermeiden. Das bedeutet, dass nicht der Ort der Finanztransaktion ausschlaggebend für die Besteuerung ist, sondern der Sitz der Person bzw. Institution.</p>	<p>Dies sollte – wie schon oben ausgeführt – durch das Ansässigkeitsprinzip verhindert werden. Steuerschuldner müssten sich vollständig aus dem Gebiet der verstärkten Zusammenarbeit zurückziehen und zudem jegliche Handelsbeziehungen zu Finanzinstituten, die in diesem Gebiet ansässig sind, abbrechen. Das wird wohl in der Praxis kaum oder nur sehr selten zutreffen.</p>	<p>Die EU-Kommission hat mit dem Wohnsitzlandprinzip einen Vorschlag unterbreitet, der die Umgehung der FTS durch sogenannte „contracts for difference“ unterbindet. Außerdem führt dieses Prinzip dazu, dass die Steuer auch fällig wird, wenn nur ein Handelspartner seinen Sitz im Gebiet der FTS-Länder hat. Weiteren Umgehungsstrukturen durch Verschiebung von Handels- und Firmenzentralen kann durch eine möglichst breite Miteinbeziehung weiterer europäischer Länder begegnet werden. Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit steht allen weiteren EU-Mitgliedern offen.</p>	<p>Die meisten der bedeutendsten Finanzplätze weltweit liegen außerhalb des Euroraumes, darunter mit London und Zürich auch die wichtigsten Finanzplätze Europas. Einer Finanztransaktionssteuer, die diese Finanzplätze nicht betrifft, stehen wir skeptisch gegenüber. Einerseits wird so nur ein kleiner Teil der hochspekulativen Finanztransaktionen dieser Steuer unterworfen; andererseits ist eine Abwanderung und damit Schwächung der Finanzplätze des Euroraumes zu befürchten.</p>	<p>Durch die Einführung der FTS in den meisten Mitgliedstaaten der EU wird ein breitflächiges Abwandern verhindert. Jene Länder, die sich nicht anschließen, sollten in weiterer Folge auch Konsequenzen im Hinblick auf Hilfen aus dem ESM tragen müssen.</p>
---	---	---	--	--

5. Wie sollen Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds) behandelt werden?

<p>Wie alle MarktteilnehmerInnen. Hier gilt dasselbe wie bei Frage 2: Ausnahmen von der Besteuerung sind fast immer gleichbedeutend mit Steuerschlupflöchern, und die sollen bei der Finanztransaktionssteuer tunlichst vermieden werden. Am Ende des Tages wird es sicher Ausnahmen geben, doch ist es zu früh sich darauf festzulegen.</p>	<p>Die Veranlagung über einen Investmentfonds sollte in Bezug auf die Finanztransaktionssteuer für den Investor weder einen Vorteil noch einen Nachteil im Vergleich mit einer Einzelveranlagung bedeuten. Eine Primärmarktbe-freiung wäre somit sinnvoll.</p>	<p>Investmentfonds sollen wie im Entwurf der Europäischen Kommission der FTS unterliegen.</p>	<p>5, 6, 7 Es wäre ein fataler Irrtum, jede Form der Geldanlage außerhalb herkömmlicher Sparbücher etc. als hochspekulativ zu bezeichnen und somit gleichermaßen das Kind mit dem Bade auszuschütten. Grundsätzlich soll die Investition in Unternehmungen jedem Bürger weiterhin möglich sein, ohne dadurch besondere steuerliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Ebenso müssen auch Pensions- und Vorsorgekassen die Möglichkeit haben, die ihnen anvertrauten Gelder ohne besondere Besteuerungen auf dem Kapitalmarkt anzulegen. Gerade derartige Kassen müssen jedoch wegen der Natur ihrer Anlagen als soziale Absicherung besondere Vorsicht walten lassen, wie dies teilweise auch schon derzeit gesetzlich vorgeschrieben ist. Eine Beteiligung solcher Kassen an hochspekulativen Geschäften, wie dies in Einzelfällen leider vorgekommen ist, lehnen wir ab.</p>	<p>Die geringe Höhe der Steuer stellt sicher, dass Investmentfonds, die langfristig veranlagen, kaum von der Steuerbelastung getroffen werden, während jene Fonds, die mit Hochfrequenzhandel und anderen schädlichen Spekulationsvarianten agieren, entsprechend von der Steuer getroffen werden.</p>
--	--	---	---	--

6. Wie sollen die Finanzdispositionen der Pensionskassen bzw. der Mitarbeitervorsorgekassen behandelt werden?

<p>Auch hier kann geantwortet werden: wie alle MarktteilnehmerInnen. Ausnahmen von der Besteuerung sind fast immer gleichbedeutend mit Steuerschlupflöchern, und die sollen bei der Finanztransaktionssteuer tunlichst vermieden werden. Am Ende des Tages wird es sicher Ausnahmen geben, doch ist es zu früh sich darauf festzulegen.</p>	<p>Grundsätzlich – um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen – sollten alle Marktteilnehmer gleich behandelt werden. Ob bestimmten Marktteilnehmern, wie Pensionskassen oder Mitarbeitervorsorgekassen eine Sonderstellung eingeräumt werden soll, bedarf noch einer gründlichen Analyse hinsichtlich der Auswirkungen der Steuer auf diese Marktteilnehmer.</p>	<p>Pensionsfonds wurden im Kommissionsvorschlag ausgenommen. In den Kompromissverhandlungen haben die europäischen Grünen vorgeschlagen, eine Übergangsfrist zu gewähren, innerhalb derer Pensionsfonds ihre Anlagestrategie in Hinblick auf langfristige Investitionen hätten anpassen können. Es ist wichtig hervorzuheben, dass laut einer OECD-Studie Pensionsfonds mit konservativen Investment-Portfolios (was generell mit einer niedrigen Transaktionsfrequenz einhergeht) zwischen 2008 und 2010 am besten abgeschnitten haben. Eine umfassende FTS würde Pensionsfonds also anreizen, vernünftiger und erfolgreichere Anlagestrategien zu verfolgen.</p>		<p>Gerade für Pensionskassen und Mitarbeitervorsorgekassen gilt, dass eine langfristige Veranlagungsstrategie mit geringem Spekulationscharakter von den Versicherten vorausgesetzt werden sollte. Aus diesem Grund wird sich in diesem Bereich die Belastung durch die FTS in Grenzen halten.</p>
---	--	--	--	--

7. Hat für Sie der Aktienkauf oder der Erwerb eines Investmentfonds mit Aktienanteilen grundsätzlich spekulativen Charakter?

<p>Nein.</p>	<p>Grundsätzlich nein. Wir müssen vielmehr den Aktionären dafür dankbar sein, dass sie der Wirtschaft das dringend notwendige Eigenkapital zur Verfügung stellen. Da aber, wie oben erwähnt, bei den Finanzdienstleistungen keine Mehrwertsteuer anfällt, ist eine Finanztransaktionssteuer mit sehr niedrigen Steuersätzen (0,1 Prozent bzw. im Fall von Derivaten 0,01 Prozent) sinnvoll. Bei längerer Haltedauer von Aktien bzw. Investmentfonds ergibt sich damit ein sehr niedriges Besteuerungsniveau, während der Hochfrequenzhandel relativ hoch besteuert wäre.</p>	<p>Nein.</p>		<p>Je langfristiger die Anlagestrategie ist, desto geringer ist auch der Spekulationscharakter. In diesem Sinne werden durch die FTS all jene getroffen, die den spekulativen Teil einer Veranlagung in Aktien in den Mittelpunkt ihres Agierens auf den Finanzmärkten stellen, während jene, die langfristig veranlagen, kaum getroffen werden.</p>
--------------	--	--------------	--	--

8. Welche Auswirkungen auf den Finanzplatz Österreich erwarten Sie von der FTS?

<p>Dem österreichischen Kapitalmarkt soll möglichst kein Nachteil erwachsen (siehe Residenzprinzip).</p>	<p>Die Konzeption bzw. Umsetzung der Steuer soll so gestaltet sein, dass es praktisch unmöglich ist, in andere Staaten auszuweichen, ohne die Steuer entrichten zu müssen. Angesichts der niedrigen Steuersätze sind auch kaum Änderungen im Anlageverhalten zu erwarten.</p>	<p>Durch die Anwendung der FTS nach dem Kommissions-Modell sind keine verzerrenden Effekte im Vergleich zu anderen Handelsplätzen in Europa zu erwarten.</p>	<p>8,9 Eine seriöse Antwort auf diese Fragen ist derzeit nicht möglich. Die Auswirkungen auf den Finanzplatz Österreich, insbesondere die Abwanderung ins Ausland oder die Verlagerung von Finanztransaktionen in andere Geschäftsmodelle, die nicht von der Finanztransaktionssteuer betroffen sind, ist nicht abschätzbar. Dies wird insbesondere von der genauen Ausgestaltung einer solchen Steuer abhängen. Dementsprechend wäre auch eine Einschätzung des zu erwartenden Steueraufkommens spekulativ.</p>	<p>Im Hinblick auf die Eindämmung des hochspekulativen und/oder hochfrequenten Handels mit Wertpapieren sollte die Auswirkung jedenfalls so sein, dass dieser eingedämmt wird. Im Hinblick auf langfristige Veranlagungen wird sich die Auswirkung in Grenzen halten und ein Abwandern dieses Handels nicht stattfinden.</p>
--	---	--	--	--

9. Welches jährliche Steueraufkommen erwarten Sie von der FTS?

<p>Ab 2014 erwarten wir aus der Finanztransaktionssteuer für Österreich Einnahmen in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich.</p>	<p>Wir erwarten ein jährliches Aufkommen von 500 Mio. Euro.</p>	<p>Hier streiten sich die Experten. Relativ klar ist, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit 500 Mio. Euro ins österreichische Budget kommen werden, wie Finanzministerin Fekter das bereits eingepreist hat. Für die Grünen stehen die Einnahmen aus einer FTS aber erst an zweiter Stelle. Wichtiger ist der Lenkungseffekt zur Eindämmung von Spekulation.</p>		<p>Meine Erwartungen müssen sich mit den offiziellen Erwartungen der Frau Finanzminister decken, die von Steuereinnahmen von 500 Mio. Euro ausgeht, die entweder dem österreichischen Haushalt direkt zufließen oder sich in Form einer Reduktion der österreichischen Mitgliedsbeiträge zur EU niederschlagen sollen.</p>
---	---	--	--	--

SPARKASSEN NEWS

Tiroler Adler-Orden für Andreas Treichl

Erste-Chef Andreas Treichl wurde mit dem Tiroler Adler-Orden ausgezeichnet. Der Orden wird Persönlichkeiten verliehen, deren Besuch bzw. Aufenthalt in Tirol oder deren hervorragende freundschaftliche Beziehung zum Land Tirol von besonderer politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Bedeutung für das Land ist.



Landeshauptmann Günther Platter, Generaldirektor Andreas Treichl und Landtagspräsident Herwig van Staa

Kreativ-Hauptschule sagte danke

Mit einem großen Plakat bedankten sich die Schülerinnen und Schüler der 1. Klasse der Kreativ-Hauptschule Waidhofen/Thaya für die von der Waldviertler Sparkasse zur Verfügung gestellten T-Shirts.



Marketingleiterin Christine Reiterer (r.) übergab die T-Shirts den Schülerinnen und Schülern.

Investmentchancen von Wien bis New York

Unter dem Titel „Investmentchancen von Wien bis New York“ lud die Wiener Neustädter Sparkasse anlageinteressierte Kunden zum InvestmentCircle, einer Kundenveranstaltung, die nun bereits seit Jahren Tradition hat.

Vereinsversammlung der Sparkasse Feldkirch

Im Rahmen der 169. Vereinsversammlung der Sparkasse der Stadt Feldkirch referierte der bekannte Journalist und ehemalige SN-Chefredakteur Ronald Barazon in pointierter Weise zum Thema „Wie man Krise genießt. Erfolgreich auch in turbulenten Zeiten.“



Vereinsvorsitzender Ernst Dejaco, VDir. Ronald Schrei, Ronald Barazon und VDir. Anton Steinberger

Unternehmen merken Änderungen bei Hausbank

Im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich sind die Meinungsforscher von „Market“ der aktuellen Wahrnehmung der heimischen Kreditwirtschaft durch die Unternehmensleitungen nachgegangen. Die Ergebnisse basieren auf 500 Befunden bundesweit und quer durch die Branchen.

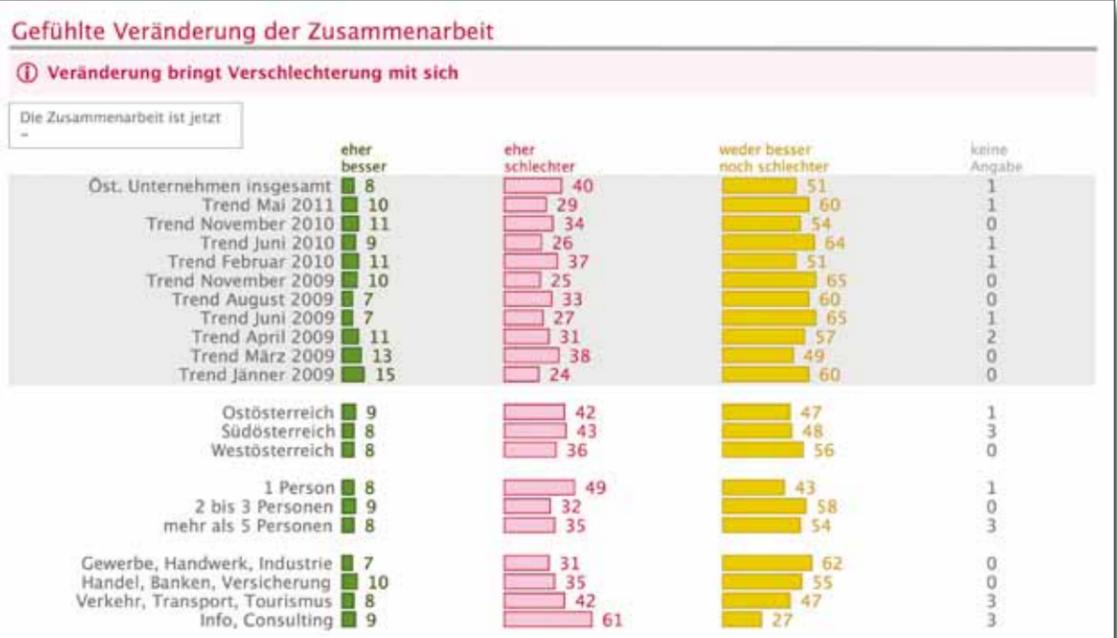
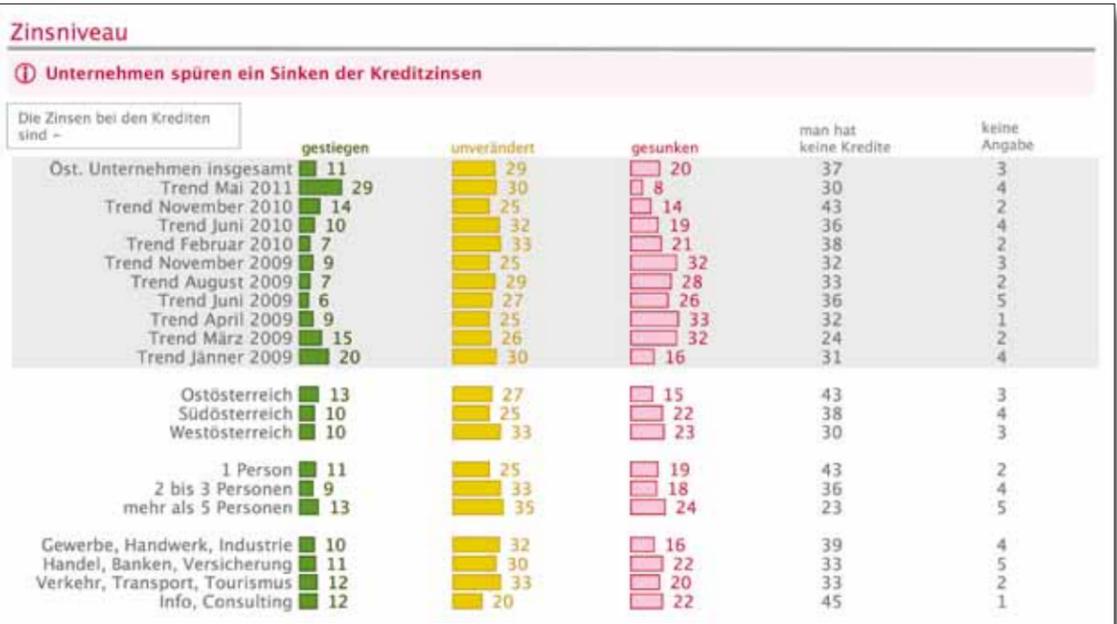
Häufiger als zuletzt, und zwar von immerhin einem Viertel der österreichischen Unternehmensleitungen, werden Verhaltensänderungen bei der jeweiligen Hausbank wahrgenommen. Tendenziell werden diese Veränderungen von den Betroffenen negativ erlebt. Mit 40 Prozent ist das der bis dato kritischste Wert seit der Ermittlung dieses Stimmungsbarometers. Rund die Hälfte der antwortenden Unternehmen erlebt die Veränderung weder positiv noch negativ.

Kreditzinsen: Entlastung spürbar
Beim Zinsniveau werden ebenfalls Veränderungen wahrgenommen, der tendenzielle Rückgang der Zinsen für bestehende Kredite kann jedoch nicht auf das Verhältnis zur Hausbank ausschlaggebend einwirken. Das Thema der Bereitstellung von Sicherheiten für Kredite spielt derzeit eine wichtigere Rolle als zuletzt, wenngleich die Bemühungen

der Banken um die Erhaltung von Finanzierungslösungen auf stabilem Niveau durchaus anerkannt werden. Trotz leicht sinkender Zinsen und weitgehend unveränderten Kreditkonditionen ist man in der Beschreibung der Beziehung zur Hausbank etwas weniger zufrieden als zuletzt. Dennoch vergeben drei Viertel der Unternehmen eine positive Note. Von Problemen bei der Betriebsmittelfinanzierung sind aktuell vergleichsweise nur wenige Betriebe betroffen, nötige Kreditlaufzeitverlängerungen wurden im letzten Jahr meist problemlos gewährt. Auch die Neuaufnahme von Krediten funktioniert in der Regel, so geben die österreichischen Unternehmer überwiegend zu Protokoll.

Zinstief beeinflusst Investitionsentscheidung kaum
Konstant bleibt der Finanzierungsbedarf für Investitionen, rund 70 Prozent der Unternehmen berich-

ten von keiner Änderung im letzten Jahr. Die Finanzmarktkrise und aktuelle Kreditkonditionen zeigen vorerst kaum Auswirkungen auf die Investitionspläne der Kommerzkunden der heimischen Kreditwirtschaft: 86 Prozent zeigen sich von diesen Rahmenbedingungen vorerst unbeeinflusst. Auch die Beschäftigung von Arbeitnehmern bleibt derzeit von der Finanzmarktkrise weitgehend unberührt. Nur sieben Prozent haben eine geplante Personalaufstockung aufgeschoben bzw. gestrichen. Vier von zehn österreichischen Unternehmen pflegen nach eigenen Aussagen auch Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen außerhalb Österreichs, jedoch im Raum der Eurozone. Ein-Personen-Unternehmen sind etwas seltener im Ausland aktiv. Für die Mehrheit der Betroffenen hat der Euro zentrale Bedeutung bei der Unternehmensfinanzierung sowie im Auslandsgeschäft insgesamt. -üh-



Karas: Das Ziel bleibt die politische Union

Othmar Karas, Österreichs integrationspolitischer Motor in Brüssel und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, hielt vor dem diesjährigen Sparkassentag ein leidenschaftliches Plädoyer für den Binnenmarkt, das Single Rule Book, den Euro als Gemeinschaftswährung, die Bankenunion, eine Fiskalunion und eine zentrale Bankenaufsicht – für ganz Europa.

Ende Oktober fand in St. Pölten der 55. Sparkassentag zum Thema „Basel III – regulieren oder strangulieren“ statt. EP-Vizepräsident Othmar Karas referierte bei dieser thematisch sehr dichten Tagung über die Herausforderungen eines Regelwerks, das Großbanken genauso wie kleine Sparkassen umfassen soll – pointierter Referatstitel „Ein Single Rule Book für die Deutsche Bank und die Sparkasse Egg?“. Karas, Basel-III-Chefverhandler in Brüssel, stellte klar, dass er sich der unterschiedlichen Anforderungen bewusst sei. Aber: „Ich würde es als einen schweren Fehler erachten, die Unterschiede als Argument gegen das Single Rule Book zu verwenden.“

Der prominente EU-Parlamentarier kam direkt vom Festakt „20 Jahre Binnenmarkt“ in der WKO nach St. Pölten und verknüpfte seine Argumentation mit diesem Jubiläum: „Wenn wir den Binnenmarkt stärken wollen, dann müssen wir weiter die blockierenden Fesseln lösen und auch den Finanzmarkt im Binnenmarkt europäisieren. Und wenn wir fairen Wettbewerb möchten, dann müssen wir den Binnenmarkt weiter regulieren und ja zum Single Rule Book sagen! Ja, ich bin für die Bankenunion. Und ja, ich bin für eine gesamteuropäische Bankenaufsicht, die sich nicht auf die Eurozone beschränkt, sondern Gesamteuropa im Blick hat.“ Die Eurozone könne als Geltungsbereich ein erster Schritt sein, aber man dürfe Europa nicht mittels der Regulative spalten.

Karas unterstrich, dass es ein Kernanliegen der CRD 4 bzw. der CRR sei, durch ein Single Rule Book die Schaffung gleicher Voraussetzungen für alle sicherzustellen. Die Fragen der Eigenkapitalausstattung, der Liquidität oder der Verschuldungsquote würden künftig in Form einer Verordnung geregelt, sodass einheitliche Behandlung in allen Mitgliedsstaaten gewährleistet werde. Er machte aber auch deutlich, dass sich das dezentrale Bankensystem in der Krise als besonders stabil gezeigt habe. Deshalb würden dessen Besonderheiten und strukturelle Erfordernisse auch in den neuen Regeln berücksichtigt werden.

Die Basel-III-Regelungen hätten auch Auswirkungen auf die Finanzierung der Realwirtschaft: „In einer Zeit, in der Europa Wachstum braucht, ist ein Regelwerk, das die Kosten von Krediten wesentlich beeinflusst, ein zentraler Schlüssel zur Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung in Europa. Deshalb hat sich das Europäische Parlament dafür eingesetzt, die Risikogewich-



Othmar Karas am Sparkassentag: „Wenn wir den Binnenmarkt stärken wollen, dann müssen wir auch den Finanzmarkt europäisieren.“

tung für Kredite an KMU um 50 Prozent zu senken und die Retail-Schwelle auf 1,5 Mio. Euro zu erhöhen.“

„Wir dürfen Europa nicht durch Regeln spalten.“

Bedeutung des Bankkredits für Wirtschaft in Europa

Der Zusammenhang zwischen Wachstum, Beschäftigung, Krediten und Bankenstabilität sei in Europa ein völlig anderer als in den Vereinigten Staaten. Dort finanziere sich die Wirtschaft zu 80 Prozent über den Kapitalmarkt, in Europa dagegen zu rund 80 Prozent über Bankkredite.

Deshalb seien auch die Auswirkungen von Basel III auf den europäischen und auf den angelsächsischen Raum völlig unterschiedlich zu beurteilen. In den USA seien nur 15 Banken von Basel III betroffen. Diese 15 Institute vereinen aber 80 Prozent des US-Kapitalmarkts auf sich. In Europa gehe es dagegen um Regeln für rund 8.000 Banken, von denen nur ein kleiner Teil Investmentbanken seien.

Ein weiteres Argument für das Single Rule Book sei die Tatsache, dass ein Großteil der österreichischen Banken international und auch außerhalb der Eurozone tätig sei. Ös-

terreich würde unter einer Aufspaltung der Regeln leiden: „Auch als Volkswirtschaft haben wir großes Interesse an einem starken Binnenmarkt und vielen Eurostaaten. Mehr als 60 Prozent der österreichischen Ausfuhren gehen in den EU-Raum. Zwei Drittel unseres Wohlstands, unserer sozialen Sicherheit, unserer Wachstumspotentiale und unserer Beschäftigung stammen aus dem Export, weshalb einheitliche Regeln und das grenzüberschreitende Fair-Agieren-Können wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg sind.“ Die Bankenunion sei die Voraussetzung für die Fiskalunion, „und dafür benötigen wir eine Wirtschafts- und Sozialunion“, so Karas vor dem Sparkassentag. Ziel sei die Realisierung der politischen Union, die bei der Einführung des Euro verabsäumt worden sei.

Abschließend kritisierte der Vizepräsident des EU-Parlaments die nationalen Alleingänge zur Regulierung des Bankensektors: „Wenn wir Europa als Ganzes sehen, dann können wir nicht auf europäischer Ebene vereinheitlichen, gleichzeitig nationale Regelungen aufstellen und danach noch einen Beitrag der Banken zu Wachstum und Beschäftigung einfordern. Das ist kontraproduktiv und überfordert den Bankensektor. Deshalb wird der abschließende Bericht den Hinweis enthalten, alle nationalen Regelungen im Lichte der Basel-Entscheidung auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen.“ -spa-

20 Jahre Binnenmarkt

Vor kurzem wurde in der Wirtschaftskammer Österreich das Jubiläum „20 Jahre Binnenmarkt“ gefeiert. Besonderes Augenmerk lag dabei auf den „Innovations- und Arbeitsplatzmotoren“ KMU, wie WKO-Chef Christoph Leitl und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner betonten.

Nach einem Impulsvortrag von EU-Kommissar Michel Barnier diskutierte dieser mit Othmar Karas, der EU-Abgeordneten Evelyn Regner, der Unternehmerin Gertrude Schatzdorfer und dem Leiter des IHS, Christian Keuschnigg. Karas qualifizierte dabei den gemeinsamen Binnenmarkt als eine der größten Errungenschaften der EU und kündigte seinen Einsatz für Erleichterungen beim Zugang zum Kapitalmarkt und Vereinfachungen bei den Rechnungslegungsvorschriften für KMU an.

AUSBLICK



Christine Domforth

Das „fiscal cliff“ vermeiden

Für Obama brennt der Budgethut

Viel Zeit zum Feiern blieb ihm nicht: Nur wenige Tage nach seinem Wahlsieg musste sich US-Präsident Obama bereits dem Kampf gegen die drohende Budgetkatastrophe zuwenden. Wenn Republikaner und Demokraten nicht noch vor Jahresende einen Kompromiss finden, stehen die USA vor dem „fiscal cliff“: Dann treten automatisch massive Ausgabenkürzungen in Kraft, gleichzeitig laufen milliardenschwere Steuererleichterungen aus, zusammen geht es dabei um nicht weniger als 600 Milliarden Dollar. Kommt es zu keiner Einigung, halbiert sich zwar das Defizit, aber die USA stürzen dann in eine neue Rezession. Die amerikanische Wirtschaft würde 2013 um 0,5 Prozent schrumpfen, die Arbeitslosigkeit von jetzt 7,9 Prozent auf über 9 Prozent empor-schnellen.

Geben Republikaner Blockade auf? Eine Lösung muss also her, und zwar blitz-artig. Leicht wird es Obama bei den Verhandlungen aber nicht haben. Zwar hat er in seiner zweiten Amtszeit mehr politischen Spielraum, weil er sich nicht mehr um die Wiederwahl bemühen muss. Doch die Republikaner haben im Kongress weiterhin die Mehrheit, und es ist mehr als fraglich, ob sie nach der bitteren Romney-Niederlage ihre seit 2010 beinhaltet durchgezogene Blockadepolitik aufgeben. Obama beharrt darauf, dass die reichsten Amerikaner künftig „ein wenig mehr“ Steuern zahlen. Für die Republikaner, vor allem für die zuletzt tonangebende Tea-Party sind aber Steuererhöhungen grundsätzlich des Teufels. Denkbar wäre ein Mittelweg, bei dem die teilweise noch aus der Bush-Ära stammenden Steuerschlupflöcher für Reichere geschlossen werden, die Mittelklasse aber nicht zum Handkuss kommt.

Wenn Obama diese Feuerwehraktion gelingt, er also gemeinsam mit den Republikanern das „fiscal cliff“ umschiffen, fängt die Arbeit für ihn aber erst richtig an. Denn die USA stecken weit tiefer in der Krise. Trotz nahezu auf null gesenkter Zinsen wächst die Wirtschaft nur schwach, die Industrie ist mit wenigen Ausnahmen wie Apple, Microsoft & Co. international kaum wettbewerbsfähig, das Leistungsbilanzdefizit daher enorm hoch. Dazu kommen die desolaten Infrastruktur, ein – abgesehen von ein paar Spitzenuniversitäten – ineffizientes Bildungssystem, horrenden Rüstungsausgaben und enorm hohe Gesundheitskosten. Alle diese strukturellen Probleme muss Obama in seiner zweiten Amtszeit anpacken – und gleichzeitig die aus dem Ruder gelaufenen Staatsfinanzen sanieren. Mit einer kräftigen Steuersenkung, wie sie der glücklose Romney im Wahlkampf vorgeschlagen hatte, wird das mit Sicherheit nicht gelingen. Immerhin nähert sich die Staatsverschuldung der USA in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bereits griechischen Verhältnissen ...

Kein Grund für Überheblichkeit und Schadenfreude Abschreiben darf man die einzige verbliebene Supermacht freilich noch lange nicht.

Die USA haben es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, sich aus tiefen Schulden- und Wirtschaftskrisen herauszuarbeiten, und zwar sehr oft rascher als wir in „good old Europe“. Das zeigte sich nach der Depression der 30er Jahre ebenso wie in den Ölkrisen der 70er Jahre. Auch zur Schadenfreude besteht kein Grund. In Europa kämpfen ja viele Länder ebenfalls mit massiven Budgetproblemen sowie düsteren Konjunkturaussichten, und die Eurokrise ist noch lange nicht ausgestanden. Stürzen die USA in die Rezession, würden wir wohl mitgerissen.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Finanzwirtschaft ist doch ganz schön real

Das Sprachspiel ist seit einigen Jahren wohl bekannt: hier die gute, brave Realwirtschaft, dort die gierhalsige, auf Spekulation abzielende und auf Superboni – für gnadenlose Milliardenjongleure – konditionierte Finanzwirtschaft. Besonders beliebt ist diese Trennlinie – natürlich jeweils mit einer kräftigen Portion der rechtschaffenen Enttötung artikuliert – in der Politik. Aber auch in den Medien hat sich diese polarisierende Betrachtungsweise schon eingeschlichen. Selbst bei Unternehmern und Führungskräften greift sie um sich. Denn so kann man die wahren Schurken in der gegenwärtigen Finanzkrise leichter dingfest machen. Je unübersichtlicher Zusammenhänge und Rahmenbedingungen werden, umso wichtiger sind die bewährten Schwarzweißmuster. Dabei ist diese Differenzierung, ökonomisch betrachtet, blanker Unsinn. Denn natürlich sind weite Teile der Finanzwirtschaft ein integraler Bestandteil der sogenannten Realwirtschaft, zumal wenn man darunter die Herstellung von Sachgütern und die Bereitstellung von Dienstleistungen versteht.

Das Blut vom Organismus abkoppeln? Die Verzinsung der Primärmittel, die von den Banken bei Sparern „eingesammelt“ werden, ist ohne Kreditgewährung an handfeste Wirtschaftsunternehmen nicht denkbar. Die Kreditwirtschaft ist eben kein Wirtschaftszweig, der autonom neben der „Realwirtschaft“ zu existieren vermag. Auch wenn die Metapher nicht mehr originell ist: Die Finanzdienstleister sorgen für den vielzitierten Blutkreislauf im Organismus Nationalökonomie. Kein Mediziner käme auf die Idee, die Blutwerte unabhängig von deren Wechselwirkung mit dem Gesundheitszustand einzelner Organe des menschlichen Körpers analysieren zu wollen. Er weiß, dass die Funktionsfähigkeit des Kreislaufs für den Gesamtorganismus von existentieller Bedeutung ist.

Wer Unternehmensanleihen zeichnet, stärkt die Finanzierungsbasis eines Unternehmens. Wer Aktien kauft, der beteiligt sich über den Transfer von Sparkapital zu risikotragendem Eigenkapital direkt an einem Unternehmen. Ein Zusammenhang, der interessanterweise auch hochrangigen politischen Entscheidungsträgern intellektuell nicht zugänglich zu sein scheint. Der Bausparer ermöglicht die zinsgünstige Errichtung von neuem Wohnraum oder die Sanierung schon bestehender Häuser bzw. Wohnungen. Die institutionellen Anleger wiederum – ob Lebensversicherer, Pensionskassen oder Mitarbeiter-Vorsorgekassen – investieren unter anderem in Immobilien und ganze Stadtentwicklungsprojekte. Dies hat im Regelfall handfeste, durchaus „reale“ Investitionen zur Folge. Übrigens ist derzeit ein eindeutiger Trend bei den „Institutionellen“ zu mehr Investment ins Sachvermögen zulasten des Finanzvermögens festzustellen. Aber das nur am Rande ...

Vorsicht bei Verteufelungen Doch selbst bei der Verteufelung der Derivate ist Vorsicht geboten! Ein Exporteur, der sich mit diesem Instrumentarium etwa gegen das Wechselkursrisiko absichert, tut dies zum Flankenschutz für ein „realwirtschaftliches“ Ausfuhrgeschäft. Ähnliches gilt für den Bezug etwa von Rohstoffen, die auf den Weltmärkten beträchtlichen Preisschwankungen unterliegen, die aber zu einigermaßen berechenbaren Konditionen gekauft werden und in die betriebliche Kalkulation einfließen müssen. Natürlich sind die computergestützten Arbitragejäger, die in Sekundenschnelle hohe Beträge vorerst brachliegender Liquidität rund um den Erdball jagen, noch realer Bestandteil des globalisierten Finanzsystems. Aber vor allem die heimische Kreditwirtschaft darf mit Fug und Recht erwarten, mit diesen nicht in einen Topf geworfen zu werden.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „Industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

Industrie spürt die rezessiven Trends

Sorgenfalten bei jenem Wirtschaftszweig, der mit Abstand den höchsten Beitrag zum BIP erbringt: Österreichs Industrie sieht dem nächsten halben Jahr mit wenig Optimismus entgegen. Erst im zweiten Quartal 2013 sollte es besser werden.

Belastet wird die heimische Industriekonjunktur vor allem von den ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen. Denn die Eurozone ist erneut von einer Rezession betroffen. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer: „Das für die USA gefürchtete Double-Dip-Szenario ist nicht jenseits, sondern vielmehr diesseits des Atlantiks Realität geworden.“ Dass Österreich bis dato nicht in die Rezession gerutscht ist, führt die Industriellenvereinigung auf die überdurchschnittlich starke Verflechtung der heimischen Industrie mit der deutschen und der osteuropäischen Wirtschaft zurück.

Industrie vorerst von Stagnation betroffen

Anfang 2012 konnten sich die heimischen Industriebetriebe noch über volle Auftragsbücher freuen. Im Lauf des Jahres trübte sich die Konjunktur aber merklich ein. Derzeit stagniert die Industrieproduktion. Eine spürbare konjunkturelle Belebung ist aus heutiger Sicht nicht vor dem zweiten Quartal 2013 zu erwarten. Die gedämpften Erwartungen zeigen sich auch am IV-Konjunkturbarometer, das als Differenzwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird. Dieser durchaus verlässliche Indikator fiel von +17 Prozent im zweiten auf nur noch +2 Punkte im dritten Quartal zurück. Darüber hinaus berichten in Österreich angesichts des konjunkturellen Gegenwinds nur noch etwas mehr als ein Drittel der Unternehmen von gutem Geschäfts-

verlauf. Mit dezidiert schlechtem Geschäftsgang sind 11 Prozent der Unternehmen konfrontiert. Insgesamt ist die Einschätzung der derzeitigen Geschäftslage in der Industrie mit auf dem niedrigsten Stand seit zehn Quartalen.

Fortschritte in Südeuropa

Starke Impulse aus den westeuropäischen Industriestaaten sind in nächster Zeit nicht zu erwarten. Dennoch sind makroökonomische Lichtblicke festzustellen. Im südeuropäischen Euroraum sind einerseits Fortschritte bei der Lohnstückkostentwicklung und damit bei der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht worden. Andererseits hat sich, bedingt durch die konjunkturelle Schwäche, die Importnachfrage verringert, sodass sich die Handelsbilanzen der betreffenden Länder zum Teil erheblich verbessert haben. „In starkem Gegensatz dazu hat die österreichische Wirtschaft schon im Vorjahr das Vor-Krisen-Hoch aus dem Jahr 2008 übertroffen“, so IV-Chefökonom Christian Helmenstein. „Dies gilt für die Ausbringungsleistung ebenso wie für die Exporte, für die Bruttoverdienste von Arbeitern und Angestellten ebenso wie für die Beschäftigung. Letztere erreicht in Österreich einen historischen Höchststand – mehr als achtzigtausend zusätzliche unselbständig Beschäftigte gibt es derzeit bundesweit.“

Für flexiblere Arbeitszeiten

Als Maßnahme zur Erhaltung der Beschäftigung fordert Neumayer flexiblere Arbeitszeiten. Die IV will die Durchrechnungszeit für Über-



IV-Chefökonom Christian Helmenstein (hier am Sparkassentag in St. Pölten) führt die bisher gute Entwicklung der Konjunktur auf die starke Verflechtung der Industrie mit der deutschen und der osteuropäischen Wirtschaft zurück.

stunden auf zumindest zwei Jahre erhöht wissen und die bisherige Höchstarbeitszeit von täglich zehn Stunden überschreiten dürfen. „In der jetzigen Situation geht es darum, die Stammebelegschaft in den Fabriken zu halten und womöglich auszubauen“, sagt Neumayer. „Keinesfalls wollen die Unternehmen Fachkräfte abbauen.“ Kurzarbeit gebe es in der heimischen Industrie momentan nur in Einzelfällen. Sie könne aber wieder ein Thema werden, so Neumayer. Für diesen Fall wolle man die Angleichung des österreichischen Modells an das deutsche, das dortigen Firmen etwas größere Einsparungen bringe. An die Regierung richtet die Industrie den Appell, als Konjunkturmaßnahme die thermische Sanierung stärker zu fördern. Debatten über Erhöhungen von Steuern (etwa der Grundsteuer) und Gebühren seien indes eine „glatte Themenverfehlung“. -hre-

Gewinnschub für Erste Group

Vor einem Jahr hat die Erste Group noch mit einem Milliardenverlust geschockt, weil teure Abschreibungen und Abwertungen auf Osttöchter und Wertpapiere angefallen sind. Heuer sieht die Lage weit rosiger aus.

In den ersten neun Monaten des Jahres konnte die Bank einen Nettogewinn von 597,3 Mio. Euro erwirtschaften. „Ausschlaggebend war die weiterhin gute Performance in den wichtigen Kernmärkten Österreich, Tschechien und Slowakei“, freut sich Erste-Chef Andreas Treichl. Das Betriebsergebnis der Gruppe war bis September mit 2,618 Mrd. Euro nahezu stabil (Vorjahr: 2,632 Mrd. Euro). Für das Gesamtjahr 2012 erwartet Andreas Treichl nun ein Betriebsergebnis, das „voraussichtlich nur leicht un-

ter jenem des Vorjahres bleiben wird“. Die Bilanzsumme belief sich per 30. September 2012 auf 217,0 Mrd. Euro. Der Anstieg von 3,3 Prozent seit Jahresbeginn ist insbesondere auf Einlagenwachstum und Veranlagungen in hochliquiden Aktiva zurückzuführen. Die Kreditrisikokosten werden für 2012 weiterhin bei rund 2 Mrd. Euro erwartet. Im abgelaufenen dritten Quartal lag der Nettogewinn der Erste Group bei 143,7 Mio. Euro, nach 107,1 Mio. Euro im zweiten Quartal. Zum Vergleich: Im dritten

Quartal 2011 hatte es 1,5 Mrd. Euro Verlust gegeben. Bei der Rumänien-Tochter Banca Comerciala Romana konstatiert Treichl eine „gewisse Stabilisierung“. Die Sorgen und Kredit-Wertberichtigungen in der BCR werden heuer ihren Höchststand erreichen. 2013 soll die BCR dann in die schwarzen Zahlen zurückkehren. In Ungarn gab es heuer bisher 64 Mio. Euro Verlust, in der Ukraine waren es 25,4 Mio. Euro. Die anderen Auslandstöchter konnten alle Gewinne verzeichnen. -red-

Zentraleuropa im Sparfieber

Mehr als die Hälfte aller Zentral- und Osteuropäer legen regelmäßig etwas zur Seite, wenn es ihre finanzielle Situation zulässt. Das ergab eine großangelegte Studie der Erste Group. Unsicherheit gibt es abseits der Sparfreudigkeit aber hinsichtlich der Inflation.

Der aktuelle Spar-Barometer, der von der Erste Group veröffentlicht wurde, zeigt, dass Sparen für mehr als drei Viertel der Zentral- und Osteuropäer sehr wichtig ist. „Die Bedeutung des Sparens hat für die meisten Menschen in unserer Region wesentlich zugenommen. Das ist eine gute Nachricht, denn dieser Trend unterstützt die niedrige Verschuldungsquote der Privathaushalte und fördert die Liquidität des Finanzsektors“, sagt Martin Škopek, der für den Privatkunden-Bereich der Erste Group in Zentral- und

Osteuropa zuständige Direktor. Jeder zweite Zentral- bzw. Osteuropäer legt regelmäßig einen bestimmten Geldbetrag zur Seite. Zwei Drittel der Tschechen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Kroaten und Serben sparen, sobald sie Geld übrig haben.

Bausparer nach wie vor gefragt

Die meisten der im Rahmen der Studie befragten Personen gaben als Spargrund das Anlegen einer finanziellen Reserve, die Pensionsvorsorge sowie kleinere oder größere Anschaffungen bzw. Renovierungen an.

Polen und Slowaken sind die regionalen Sparmeister – sie legen durchschnittlich 15 Prozent bzw. 12 Prozent ihres monatlichen Nettoeinkommens auf die Seite. Dahinter liegen Österreicher, Deutsche und Tschechen mit 9 Prozent. Im Vergleich sparten Briten im ersten Halbjahr 2012 bei unverändertem Einkommen nur 7 Prozent ihrer Einkünfte. Österreicher und Tschechen lassen sich von regierungsseitig gekürzten Zuschüssen zu den Bausparverträgen kaum beeindrucken. 67 Prozent der Österreicher und

mehr als die Hälfte der Tschechen sind dem Bausparen treu geblieben. Allerdings befürchten drei Viertel der Sparer, dass ihre Währungen an Wert verlieren werden und sich das Sparen in Zukunft daher weniger lohnen wird. Fast drei Viertel der Polen, Österreicher und Deutschen haben Angst vor hoher Inflation und Kaufkraft-Verlust.

Mit eigener Finanzlage unzufrieden

Nur 20 bis 30 Prozent der Zentral- und Osteuropäer, aber mehr als die Hälfte der Österreicher und der Deutschen sind mit ihrer derzeitigen Sparleistung zufrieden. Am unzufriedensten sind Ukrainer, gefolgt von Serben und Ungarn. Ähnliches gilt für die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage. Während die meisten Österreicher und Deutschen ihre persönlichen finanziellen Umstände als ganz gut bewerten, sind mehr als jeder zweite Ukrainer oder Rumäne mit der eigenen Finanzlage nicht zufrieden. In nominalen Zahlen führen die Deutschen das Spar-Ranking an (178 Euro pro Monat), gefolgt von Österreichern (164 Euro), Polen (90 Euro), Slowaken (83 Euro) und Tschechen (78 Euro). Ungarn, Ukrainer, Serben, Kroaten, Montenegriner und Rumänen können nur weniger als 50 Euro monatlich zur Seite legen.

Eigenheim als Verschuldungsgrund

Was die Zukunft betrifft, planen mehr als die Hälfte aller Tschechen, Slowaken, Ungarn, Kroaten und Serben, in den nächsten fünf Jahren mehr oder etwa gleich viel wie derzeit zu sparen. Derzeit fühlen sich acht von zehn Serben, Rumänen und Ungarn von der schlechten Wirtschaftslage in ihrem Land negativ betroffen, während nicht einmal die Hälfte aller Tschechen und Österreicher das Gefühl hat, die Zeiten seien auf Grund der globalen Finanzkrise für sie schwierig geworden. Die



Martin Škopek, Erste Group: „Die Bedeutung des Sparens hat für die meisten Menschen in Zentral- und Osteuropa wesentlich zugenommen.“

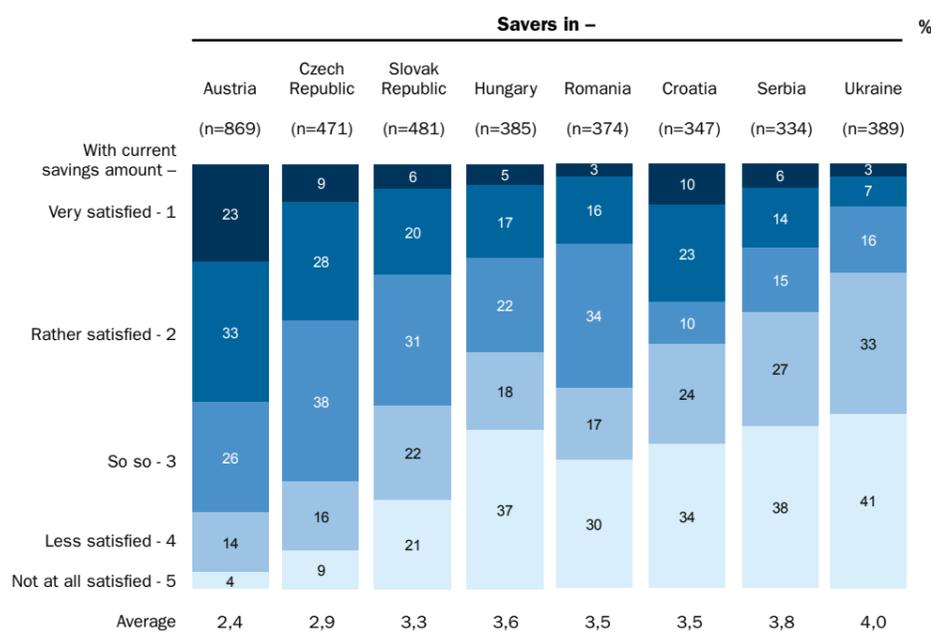
meisten Zentral- bzw. Osteuropäer würden sich nur für die Anschaffung eines Eigenheims verschulden. „Mehr als die Hälfte aller Menschen in Zentral- und Osteuropa sind sehr vorsichtig, wenn es ums Verschulden geht. Die meisten würden sich nur für die Anschaffung einer Wohnung oder eines Hauses verschulden und sich für einen Kredit entweder an ihre Bank oder an ihre Familie wenden“, erklärt Škopek. Einige Traditionen dürften jedoch nicht aus Geldmangel aufgegeben werden. So meint fast jeder dritte Pole, er würde für eine Hochzeit einen Kredit aufnehmen oder Ratenzahlungen vereinbaren.

Banken sollen Finanzwissen vermitteln

Mehr als die Hälfte aller Befragten in zwölf Ländern, in denen die Studie durchgeführt wurde, fühlen sich über finanzielle Themen unzureichend informiert. Fast zwei Drittel der Tschechen und Slowaken meinen, dass die Kinder spätestens in der Grundschule den Umgang mit Geld lernen sollten. Eine große Mehrheit der Menschen in Zentral- und Osteuropa möchte ganz allgemein mehr über die Wirtschaft und das Finanzwesen wissen. Jeder zweite Rumäne hält es für sehr wichtig, dass Banken Erwachsenen und Kindern Kenntnisse auf dem Gebiet des Finanz- und Geldwesens vermitteln. Fast 90 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, eine Bank sollte Erwachsenen Möglichkeiten bieten, ihr Wissen über Finanz- und Wirtschaftsthemen zu vertiefen. -afe-

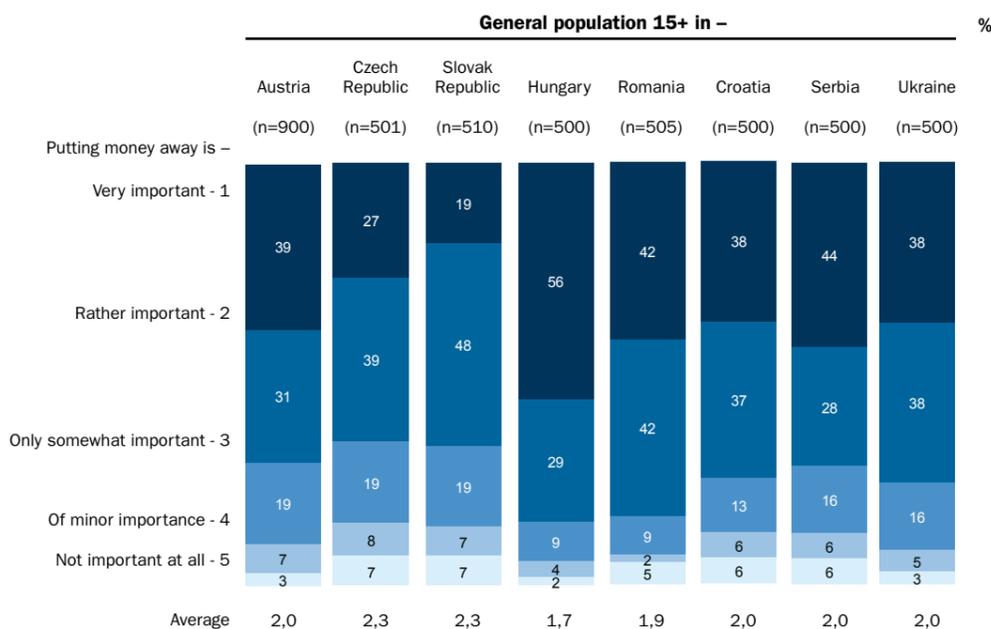
Satisfaction with current savings amount I

"Are you satisfied with the amount you currently are able to save or not? Would you say you are –"



The importance of saving I

"In general, how important do you personally assess 'putting money away'? Would you say, 'putting money away is for you –"



EUROPA

Erste Group ist Privatbank des Jahres in CEE

Das Private Banking der Erste Group hat dieses Jahr bereits zum zweiten Mal eine prestigeträchtige internationale Auszeichnung gewonnen. Nachdem die Erste Group bereits im Februar vom internationalen Finanzmagazin Euromoney zur besten Privatbank in Österreich, Ungarn und Rumänien gekürt worden war, wurde sie nun auch von der renommierten Publikation The Banker als „Privatbank des Jahres 2012 in Zentral- und Osteuropa“ ausgezeichnet. Die Jury von The Banker verglich in CEE tätige Privatbanken anhand von Kennzahlen aus den Bereichen Portfoliomanagement, Asset Allocation, Due Diligence, Risikomanagement, Wachstumsstrategien, Kundenbetreuung, ethische Faktoren, Geschäftsmodelle, Mitarbeitertreue und Innovation.

„Es gehen uns zu viele durch die Lappen“

Die Stadt Wien setzt Maßstäbe, andere Bundesländer könnten bald folgen. Die Installierung einer Fußgängerbeauftragten für die Bundeshauptstadt eröffnet bisher ungeahnte Möglichkeiten. Achterbahn sprach darüber mit dem Leiter der Magistratsabteilung MA 0815, „Umfassende Bürgerkontrolle und präventive Bevormundung“, Obersenatsrat Dr. Greifbert Melder.

Achterbahn: Die Stadt Wien ließ vor wenigen Wochen auch international aufhorchen. Es wurde nämlich bekannt, dass hier eine Fußgängerbeauftragte installiert wird. Interessanterweise ressortiert diese neue Stelle nicht zum Verkehrswesen, sondern zu Ihrer Magistratsabteilung. Warum das?

Melder: Schauen Sie, wir installieren diese Beauftragten – übrigens in völliger Übereinstimmung mit unserem Koalitionspartner – ja mit der Absicht, dass von diesen nach einiger Zeit wertvoller Input für neue Regelungen kommt. Das hat sich bisher bestens bewährt.

Inwiefern?

Also, wenige Wochen nach der Ernennung der Fahrradbeauftragten kam von dort der Vorschlag, Straßenzüge vorrangig für Radfahrer einzurichten. Und was heißt das in Konsequenz? Wir müssen dort die Autofahrer und die Fußgänger mit neuen Regulativen disziplinieren.

Und bei der Fußgängerbeauftragten?

Wird sich das Spiel wiederholen. Sie hat schon angekündigt, dass sie die Errichtung von Highways für Fußgänger fordern wird. Was heißt das konkret? Kreuzungsfreie Gehsteige, die von anderen Verkehrsteilnehmern weder benutzt noch gequert werden dürfen. Mit eigenen Ausfahrten bei stark frequentierten Haustoren.

Kann das nicht zur verkehrsgewaltigen Härte – etwa für junge Mütter – führen?

Mag sein. Deshalb werden wir mit Jahreswechsel eine Kinderwagenbeauftragte der Stadt Wien bestellen, die sich der reibungslosen Fortbewegung von Müttern oder gar Vätern mit Kinderwagen widmen wird. Hier gibt es ja bisher nur ein einziges Regulativ: eine Mindestbreite für Gehsteige.

Doch was könnte in Zukunft kommen?

Ich schließe nicht aus, dass die Kinderwagenbeauftragte gesonderte Spuren für diese Beförderungsförmung fordern wird. Dann werden wir – etwa auf der Wiener Ringstraße – neben dem Gehsteig für den Fußgänger-Nahverkehr den bereits erwähnten Fußgänger-Highway für den übergeordneten Pas-



„Der Autoverkehr wird schlicht und einfach verboten.“

santenverkehr errichten. Daneben liegt jetzt schon der Fahrradweg, der von einem bevorrangten Kinderwagen-Schnellweg flankiert sein wird. Ich kann mir vorstellen, dass auch die Behindertenbeauftragten sich auf einen eigenen Rollstuhlweg verständigen. Ob es nach dem Hundeführschein auch zu einem eigenen Hundeführweg – etwa in Richtung Prater oder sonstiger Naherholungsgebiete – kommt, das ist allerdings noch offen.

Aber wo wickeln Sie dann den Autoverkehr ab?

Der wird schlicht und einfach verboten. Unter uns, das ist ja das langfristige Ziel unserer scheinbar weisen Regulierungspolitik. Nur – aber das schreiben s' ma bitte nicht – das können wir nicht laut sagen. Aus politischen Gründen, Sie verstehen was ich meine: Parkpickerl, Unterschriftenaktion und das ganze Tamtam ...

Was können die übrigen Bundesländer in dieser Hinsicht von Wien lernen?

Bei etwas regionaler Fantasie eine ganze Menge. So könnte Niederösterreich einen Nichtraucherbeauftragten installieren, der dann seinerseits wieder ein Rauchkontrollorgan in Marsch setzt. Diese Kontrollorgane sollten die vielen Heurigen des Bundeslandes auf die Einhaltung der Nichtraucherbestimmungen hin überwachen. Wir haben mit dieser Art des gehobenen, gesundheitsgetriebenen Denunziantentums bisher schon sehr gute Erfahrungen ge-

macht. Allerdings mehr auf freiwilliger Basis, weil die Gewerbebehörden nicht nachkommen.

Die Pendlerproblematik ließ in den vergangenen Wochen die Wellen hochgehen. Kann man auch da von der Bundeshauptstadt lernen?

Auch hier gilt das bewährte Motto: Von Wien lernen heißt kassieren lernen! Kontrolleure des ruhenden Verkehrs in Niederösterreichs Städten und Gemeinden könnten beispielsweise streng darauf achten, das Autos mit Wiener Kennzeichen nicht länger als zwei Stunden abgestellt werden dürfen. Die Stadt Linz könnte von unserer so erfolgreichen „Einpendler-Raus-Politik“ ebenfalls einiges profitieren. Hier verwirklichen wir ein Konzept des Regionalpatriotismus, um das uns so mancher nationale Populist ehrlich beneidet. Nehmen Sie ein konkretes Beispiel: In der oberösterreichischen Landeshauptstadt stehen zehntausende Tagespendler aus dem Mühl- oder aus dem Traunviertel mit ihren Autos ohne Tarifbewirtschaftung herum. Das gehört kontrolliert, vergibt und notfalls abgestraft. Da ist Wien den Landeshauptstädten meilenweit voraus, obwohl uns auch hier noch zu viele durch die Lappen unserer Kontrollnetze gehen.

Welches gesellschaftspolitische Konzept steht eigentlich hinter allen diesen Ihren Bemühungen?

Ach, habe ich das noch nicht erwähnt? Na, der mündige Bürger selbstverständlich! - üh -



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

„Können Sie ausschließen, dass ...“

Der Vizekanzler zu „Gast im Journal“, dem großen Interview im Ö1-Mittagsjournal am Samstag. Und wieder die nervende Frage nach den Koalitionspräferenzen nach der nächsten Nationalratswahl. Konkrete Antwort gab es naturgemäß keine. Wie denn auch? Doch das muntere Spiel ist wieder einmal eröffnet. Auch der mögliche Klubobmann der neuen Parlamentsfraktion namens „Team Stornach“, von der kein Mensch weiß, ob sie den Sprung in das Parlament via Wählervotum überhaupt schafft, ist schon nach seinen allfälligen Koalitionspräferenzen gefragt worden ...

Die Sache nervt: Keiner der Spitzenpolitiker wird eine mehr oder weniger verbindliche Koalitionsaussage machen. Da ist längst die vorgefertigte Antwort vom „Abwarten des Wählerwillens“ oder die Standardfloskel „Wir werden dann sehen, mit wem unsere wichtigsten Vorhaben zu verwirklichen sein werden.“ im Einsatz.

Das ständige Fragen nach künftigen Regierungsbündnissen ist der klassische Fall einer Obsession der veröffentlichten Meinung. Der Bürger selbst nimmt es wohl gelassener, zumal es in Österreich – im Gegensatz etwa zu Deutschland – keine politische Kultur der koalitionspolitischen Festlegung vor einem Urnengang gibt.

Also könnte man sich diese leeren Kilometer in den kommenden Monaten sparen.

Die so beliebte Investigativfrage, die mit dem gestrengen „Können Sie ausschließen, dass?“ beginnt, könnte getrost in der Floskel-Garage geparkt bleiben.

Wie wäre es mit dem peniblen Nachfragen in Sachen Steuer- und Abgabenquote, Finanzierbarkeit des Umlageverfahrens in der staatlichen Pensionsvorsorge oder Budgetkonsolidierung bei den Gebietskörperschaften? Auch die künftigen Strategien in der Forschungspolitik oder gar die konzeptiven Vorstellungen für eine ökonomische Strukturpolitik zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wären lohnende Themen. Dazu muss allerdings der Wissensfundus des Fragenden etwas umfassender sein als bei den immer wiederkehrenden Koalitionsspekulationen. -üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

Leichte Frostgefahr am Alpenrand. Sonst ist es bei 3 bis 6 Grad zu warm für den Frost.

Aus einer Wettervorhersage im ZDF

„Das Wissenschaftssystem stellt gern heraus, was es weiß. Selten aber das, was es nicht weiß. Das Nichtwissen ist meist viel größer.“

Gert G. Wagner, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

„Es gibt keine Patentlösung. Jeder, der Ihnen den goldenen Weg verspricht, ist ein Scharlatan oder ein Unternehmensberater oder beides gleichzeitig.“

Mathias Müller von Blumencron, Chefredakteur „Der Spiegel“, bei den Münchner Medientagen

„Wir sind für Sie vom 26.10. bis 4.11. auf Urlaub.“

Informationszettel am Portal einer Wiener Putzerei